



Ausgabe 7/2010

17. Dezember 2010

## Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

### Landesvorsitzender Helmut Bahr und der neue GdP-Vorstand im Maximilianeum

Begleitet von unserem Ehrenvorsitzenden MdL Harald Schneider stellte sich der in Regensburg neu gewählte Landesvorsitzende Helmut Bahr den verschiedenen Parteien im Bayerischen Landtag vor. Begleitet wurde er dabei von einem seiner Stellvertreter, Koll. Carsten Linde-

ell zahlreiche Abgeordnete über die unendlichen Geschichten um den Neubau der PI Nürnberg-Süd informierte. Seit über 20 Jahren warten die Kolleginnen und Kollegen der PI Nürnberg-Süd auf einen Neubau. Mit Büros in Containern versuchte man in den letzten Jahren über die

Schmid zunächst die aktuelle Haushalts-situation. Um das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes zu erreichen, müssen pro Jahr 900 Mio. eingespart werden. Die Hälfte hiervon bei den Ausgaben für den öffentlichen Dienst. Diese Hälfte soll über eine Nullrunde in 2011, einer Wiederbe-

setzungssperre, der Streichung der Jubiläumzulage, der Aussetzung der Einzahlungen in den Versorgungsfond usw. erreicht werden. Als ein Grundsatz wurde von der CSU festgelegt, dass in Leistungen für bereits bestehende Beamtenverhältnisse nicht eingegriffen werden darf. Hierzu führte er extra die Sonderzahlung zu Weihnachten und die Leistungen der Beihilfe an. Auch soll die 42 Stunden-Wo-



Von links: Wolfgang Ligotzky, Christiane Kern, Carsten Lindemann, LV Helmut Bahr, Georg Schmid (CSU), MdL Harald Schneider, Herbert Kern, Sepp Mehringer

mann und weiteren Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstandes. Mit dabei war auch der neu in dem Landesvorstand aufgenommene POR Sepp Mehringer aus Nürnberg, der ganz aktu-

Runden zu kommen. Damit muss jetzt Schluß sein, wettete der Nürnberger GdP Kreisvorsitzende.

Der Antrittsbesuch des neuen Vorstandes bei der CSU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der SPD Fraktion (die Besuche bei den Fraktionen FW und Bündnis 90/Grüne wurden auf den Jan. 2011 terminiert) standen ganz unter dem Zeichen der angekündigten Sparbeschlüsse des Bayer. Kabinetts.

Im Gespräch mit der CSU-Fraktion erläuterte der Fraktionsvorsitzende Georg

schrittweise 2012/2013 auf 40 Stunden zurückgeführt werden.

Helmut Bahr widersprach dem Fraktionsvorsitzenden in seiner Replik wegen des Sprachgebrauchs „Nullrunde“ und der Einsparungen im Bereich der Beamten energisch. Eine „Nullrunde“ in 2011 bedeutet für die Bayer. Polizeibeschäftigten und die Versorgungsempfänger eine Minusrunde, da sowohl der Strom, als auch die Miete, das Benzin und die anderen Dinge des täglichen Lebens teurer werden. Gerade die Beamtinnen und Beamten des

#### V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Bayern  
Satz und Layout: Markus Wimmer  
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de  
Telefon: 089/578388-50  
Telefax: 089/578388-9050



## Landesvorsitzender Helmut Bahr und der neue GdP-Vorstand im Maximilianeum

mittleren Dienstes werden von der kosmetisch so schön geredeten „Nullrunde“ hart betroffen sein. Die Zeche aus finanzieller Misswirtschaft sollen jetzt die Beamtinnen und Beamte und Versorgungsempfänger zahlen – das darf und kann nicht sein. Auch im Tarifbereich werden sich die GdP-Mitglieder eine Nullrunde nicht gefallen lassen und sich notfalls mit intelligenten Maßnahmen zu wehren wissen, so Helmut Bahr weiter.

Carsten Lindemann, stellv. Landesvorsitzender aus München zeigte an seinem eigenen persönlichen Beispiel auf, wie die Streichung der Jubiläumszuwendungen sich auf die Betroffenen auswirkt. Nächstes Jahr wird er sein 25-jähriges Dienstjubiläum für den Freistaat Bayern „begehen“, denn von „feiern“ kann heutzutage wahrlich keine Rede mehr sein. Bis vor kurzem Außendienstleiter (ADL) in der Landeshauptstadt München, hat auch er die in den letzten Jahren kontinuierlich steigende Arbeitsbelastung für die Kolleginnen und Kollegen, insbesondere im Schichtdienst, erfahren. Es geht nicht um die paar Euro, die man für das 25-jährige Dienstjubiläum bekommt, sondern um die Wertschätzung der geleisteten Arbeit und die Signalwirkung auf die Betroffenen, die solch eine Entscheidung mit sich bringt, so Carsten Lindemann in seinem sehr persönlich und mit großer Leidenschaft vorgetragenen Statement. Beeindruckt hiervon sicherte der Fraktionsvorsitzende Georg Schmid hier eine nochmalige Überprüfung zu. Man müsse die Auswirkungen und die Einsparungen von Maßnahmen in einer gewissen Relation sehen.

Wolfgang Ligotzky, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand, machte deutlich und mit Nachdruck auf die kommende Pensionierungswelle ab 2015 aufmerksam. Er forderte die rechtzeitige Ausbildung von neuen Polizeibeamten in ausreichender Zahl. Pro Jahr müssten nach Meinung der GdP mind. 1000 neue Ausbildungsstellen zur Verfügung gestellt werden, damit der Personalabgang in den Jahren ab 2015 aufgefangen werden kann. Herbert Kern vom geschäftsführenden Landesvorstand und Vorsitzender der

Bezirksgruppe Mittelfranken kritisierte die Aussetzung der Einzahlungen in den Vorsorgefond. Wenn hier nicht rechtzeitig entsprechende Einzahlungen geleistet werden (geplant waren mal 500 Euro pro Monat und pro neu eingestellten Beamten), dann wird unser Haushalt durch die

setzgebers, sondern eine bewusst herbeiführte Maßnahme. Hierin wurde er vom CSU-Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid bestätigt, dass man absichtlich die Ausgleichszahlung mit dem Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze verbunden hat.



**Wolfgang Ligotzky, Sepp Mehringer, Herbert Kern und GdP-Ehrenvorsitzender Harald Schneider im Gespräch mit Innenminister Joachim Herrmann**

Pensionszahlungen so stark belastet werden, dass dann diejenigen wieder die Zeche bezahlen müssen, denen in 2011 durch eine Nullrunde die Sanierung des Staatshaushaltes aufgezwungen wird. In diesem Zusammenhang wies er auf die Mogelpackung „Wer 20 Jahre Schichtdienst oder vergleichbar belastende Dienste geleistet hat, der kann auf eigenen Antrag abschlagsfrei in Pension gehen“ hin. Wie sich jetzt heraus stellte, wird in einem solchen Fall die Ausgleichszahlung weg fallen. Die Ausgleichszahlung von 4091 Euro wird dem Geburtsjahr 1955 letztmals voll bezahlt und dann langsam stufenweise um 800,- Euro pro Jahr abgeschmolzen. Er vermutet hinter dieser Maßnahme kein Versehen des Ge-

Sepp Mehringer, Mitglied im Landesvorstand der GdP und zugleich Kreisvorsitzender von Nürnberg schilderte die unendliche Geschichte um dem Neubau der PI Nürnberg-Süd. Hierzu erklärte der CSU-Fraktionsvorsitzende, dass er durch die Aktivitäten der GdP und durch Berichte von Abgeordneten auf diesen Sachverhalt bereits hingewiesen wurde und er davon ausgehe, dass im kommenden Doppelhaushalt aus dem Sonderprogramm „Aufbruch Bayern“ eine Lösung zur Beendigung dieser Problematik gefunden wird.

Von den Besuchen bei der SPD- und der FDP-Fraktion berichten wir in der nächsten Woche in einer gesonderten Ausgabe der Green News.





## Einkommen bei der Polizei müssen deutlich steigen

Die Beschäftigten der Polizei erwarten von den im kommenden Jahr beginnenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einen deutlichen Anstieg ihrer Einkommen. Bei der Bekanntgabe der Gewerkschaftsforderungen am Dienstag, 14. Dezember 2010, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei

(GdP), Bernhard Witthaut: „Wieder haben alle in der Polizei arbeitenden Frauen und Männer ein Jahr mit höchsten Arbeitsbelastungen hinter sich. Das Lob der Politiker für ihr Engagement und die hohe Qualität ihrer Arbeit muss sich auch in klingender Münze auszahlen.“

Ver.di, GdP, GEW und dbb-Tarifunion fordern in den zu Beginn des neuen Jahres beginnenden Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder eine Anhebung der Entgelte um einen Sockelbetrag von 50 Euro und drei Prozent bei einer Laufzeit von 14 Monaten sowie eine Übernahmegarantie für die Auszubildenden. Witthaut: „Ein zentraler Punkt unserer Forderung ist auch die Übernahme des erzielten Verhandlungsergebnisses für die Polizeibeamtinnen und -beamten in den Ländern.“

Der Absicht der Arbeitgeber, die Entgelterhöhung auf höchstens ein Prozent zu begrenzen, erteilte Witthaut eine klare Absage. Auch das Argument der Finanzkrise zähle nicht. Witthaut: „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben die Finanzkrise nicht verursacht und sind nicht bereit, sie doppelt und dreifach zu bezahlen.“ Die Absicht der Arbeitgeber, jede Tarifierhöhung mit Personalabbau zu bezahlen, nannte Witthaut „empörend“. Witthaut: „Meine Kolleginnen und Kollegen tragen täglich ihre Gesundheit zu Markte, um die innere Sicherheit zu garantieren. Auch die Sicherheit der öffentlichen Arbeitgeber.“



**Auftakt-Presskonferenz der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes: (v.l.) Bernhard Witthaut ( GdP-Bundesvorsitzender), Ilse Schaad (GEW), Christoph Schmitz (ver.di-Pressesprecher), Frank Bsirske (ver.di-Vorsitzender), Peter Heesen (Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes) und Frank Stöhr (DBB-Tarifunion). Foto: Rüdiger Holecek**

## Widerstand der GdP und der Länderinnenminister gegen „Super-Polizei“

Gegen die von der sogenannten Werthebach-Kommission vorgeschlagene und von Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU) geplante Fusionierung der Bundespolizei und des Bundeskriminalamtes regt sich massiver Widerstand bei den Innenministern der Länder. Auch die GdP lehnt die Zusammenlegung der beiden Bundesbehörden ab. Insbesondere im BKA wird die Fusion mit Argusaugen betrachtet, da es nach Plänen der Werthebach-Kommission mit seinen 5.500 Beschäftigten in die Bundespolizei mit ihren über 40.000 Beschäftigten eingegliedert werden soll. Die Angst, von der Bundespolizei geschluckt zu werden, ist im BKA derzeit das vorherrschende Gefühl. Auch im Kreis der Innenminister der Länder regt sich Widerstand. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) be-

zeichnete die Fusionspläne in der SZ als „sehr ungut“. Die geplante Fusion schaffe neue Rivalitäten zwischen den Polizeien von Bund und Ländern und berge Gefahren für die eingespielte Kooperation aufs Spiel. Die Geschichte der Länderpolizeien sei laut Herrmann „eine Erfolgsgeschichte, die man nicht aufs Spiel setzen“ dürfe.

Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut schloss sich der Skepsis an. In einem Interview mit der SZ meinte er: „Das BKA hat international einen hohen Stellenwert. Dieser Ruf wird durch die Fusionspläne in Frage gestellt. Diese Reform brauchen wir ganz gewiss nicht. Wir haben genug andere Probleme. Sich aus einer Verschmelzung beider Behörden ergebende Synergieeffekte liegen nicht auf der Hand.“ Witthaut befürchte

einen Etikettenschwindel auf dem Rücken der inneren Sicherheit.

Als „mutlos“ bezeichnete GdP-Bundesvorsitzender Witthaut außerdem die Empfehlung der Werthebach-Kommission, von der Schaffung einer Bundesfinanzpolizei abzusehen. Witthaut: „Das Verbleiben der operativen Einheiten des Zolls innerhalb der Zollverwaltung ist eine vertane Chance. Die Kommission entscheidet damit gegen eine wirksamere Bekämpfung von Schmuggel, Geldwäsche, Finanz-, Wirtschafts- und Betrugskriminalität sowie illegaler Beschäftigung. Eine aus der Zollverwaltung herausgelöste Bundesfinanzpolizei wäre die richtige und schnelle Antwort auf zersplitterte Dienststellen und ineffiziente Doppelzuständigkeiten gewesen.“